

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Christian Kreiß **3** Geplanter Verschleiß von Gütern als Weg zur Steigerung der Rentabilität von Kapital
- Norbert Olah,
Thomas Huth
& Dirk Löhr **16** Monetarismus mit Liquiditätsprämie – Von Friedmans optimaler Inflationsrate zur optimalen Liquidität
- Edoardo Beretta **25** Zwischen Gesells IVA-Note und Keynes' Bancor-Plan – Ansätze zu einer Weltwährung in der Zeit zwischen 1920 und 1944/45
- Markus Raschke **37** Fairer Handel in einer renditeorientierten Wirtschaft – Einsichten in den Wandel von Ökonomie und Engagement
- Hans-Günter Wagner **47** Die Wirtschaftsethik der Hindu-Religionen – eine Annäherung
- 60** Bücher und Veranstaltung
- 79** Mündener Gespräche in der Reinhardswaldschule

Herausgeber: Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung in Zusammenarbeit mit der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.

Verlag: Verlag für Sozialökonomie
 Rettberg-Gauke Verlags- und Medienservice
 Christianspries 23, 24159 Kiel
 Telefon: 0431-6793650 | Telefax: 0431-6793651
 eMail: info@rettberg-gauke.de
 www.gauke.net

Jahresabonnement

(4 Folgen, derzeit 2 Doppelfolgen jährlich):
 20,00 EURO incl. MWSt. und Porto.

Ermäßigtes Jahresabonnement:

Schüler, Auszubildende, Studenten & Erwerbslose
 bei entsprechendem Nachweis
 15,00 EURO incl. MWSt. und Porto.
 Abonnements verlängern sich automatisch um ein
 Jahr, wenn sie nicht bis 4 Wochen vor Ablauf des
 Bezugszeitraums gekündigt werden.

Zahlungen stets erst nach Erhalt einer Rechnung!

Auslieferung und Inkasso: Schmidt & Klaunig
 Ringstraße 19, 24114 Kiel
 Telefon: 0431-66064 0 | Telefax: 0431-66064 24
 h.stamp@schmidt-klaunig.de

Redaktion: Dipl. Ökonom Werner Onken
 — verantwortlich —
 Weitzstr. 15, 26135 Oldenburg
 Telefon: 0 441 - 36 111 797 [AB]
 eMail: onken@sozialoekonomie.info

Redaktionsschluss: Ende Februar bzw. Ende August
 für die jeweils im April bzw. Oktober
 erscheinenden Doppelhefte.

Gewinnabsichten sind mit der Herausgabe nicht
 verbunden.

Die Zeitschrift dient dem Meinungsaustausch über
 gesellschaftliche und wirtschaftliche Zeitfragen.

**Für den Inhalt der Beiträge sind die Autoren
 selbst verantwortlich.**

Nachdruck nur mit Genehmigung des Verlages.
 Für unverlangte Manuskripteinsendungen wird
 keine Haftung übernommen.

Die Texte in unserer Zeitschrift sind hinsichtlich
 der Rechtschreibung leider vorläufig noch genauso
 unterschiedlich wie die derzeitige diesbezügliche
 Situation im deutschsprachigen Raum.
 Wir bitten Sie um Verständnis dafür.

© Copyright by
 Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e. V.,
 Hamburg
 Printed in Germany

"Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung"

1. Vorsitzender: Ass. jur. Fritz Andres
 Dhauerstr. 180, 55606 Kirn
 Telefon/Telefax: 0 67 52-24 27
 eMail: fritz.andres@gmx.de

2. Vorsitzender: Dipl.-Kfm. Thomas Betz, Berlin
 www.stiftung-geld-boden.de

Die "Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung" wurde 1973 als "Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit" gegründet und erhielt 1997 ihren jetzigen Namen. Sie hat ihren Sitz in Hamburg und wurde vom Hamburger Senat als gemeinnützig anerkannt.

§ 2 ihrer Satzung lautet: "Die Stiftung fördert die Wissenschaft auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik, insbesondere in bezug auf das überkommene Geldwesen und ein modernes Bodenrecht. Sie verbreitet die Ergebnisse ihrer Forschung durch Wort und Schrift. Sie unterstützt gleichgerichtete, als gemeinnützig anerkannte Einrichtungen."

"Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e.V."

1. Vorsitzender: Prof. Dr. Dirk Löhner

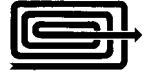
2. Vorsitzender und Geschäftsführer:
 Dipl.-Volkswirt Ass. jur. Jörg Gude

Geschäftsstelle:
 Wiedel 13, 48565 Steinfurt
 eMail: joerggude@aol.com

www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de

Gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Erkenntnisgewinn wird bislang noch vielfach durch mächtige Gruppeninteressen und in zunehmendem Maße auch durch rechts- und linksextremistische Ideologien fehlgeleitet. Im Gegensatz dazu hat sich die Sozialwissenschaftliche Gesellschaft das Ziel gesetzt, ordnungspolitische Grundlagen für eine sozial- und umweltverträgliche Marktwirtschaft sowie für eine freiheitliche Demokratie zu erarbeiten. Sie bekennt sich zu den Grundsätzen:

- der Respektierung der Würde und Rechte aller Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe und Religion,
- der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit im Rahmen der Verantwortung eines jeden Menschen für sich und die Allgemeinheit,
- des Eigentums an selbst erarbeiteten Gütern,
- einer freien, weder durch Monopole und Machtinteressen noch durch protektionistische Schranken verfälschten Marktwirtschaft,
- der Achtung vor der natürlichen Umwelt als einem Gemeinschaftsgut,
- der Verständigung zwischen Menschen und Völkern in einer weltoffenen Zivilgesellschaft,
- des Strebens nach innerem und äußerem Frieden.



Liebe Leserin und lieber Leser,

vor einigen Monaten erregten sich Gemüter über den Vorschlag einer Abschaffung der 1- und 2-Cent-Münzen. Was für eine Diskussion! Viel wichtiger wäre es zu fragen, ob die 200er und 500er Euroscheine wirklich notwendig sind. Im täglichen Zahlungsverkehr kommen sie kaum vor, dafür dienen sie vielfach der Steuerhinterziehung sowie der spurlosen Abwicklung finsterner Geschäfte mit Frauen, Drogen und Waffen.

Apropos Steuerhinterziehung. Ganz plötzlich brach im Laufe dieses Jahres eine Diskussion über Steueroasen aus und manche Politiker nutzten die Gunst der Wahlkampfstunde für das Versprechen, energisch auf deren Schließung hinzuwirken. Dabei ist das Problem der Flucht von Geld in Steueroasen keineswegs neu. Warum wurde es so lange verschleppt? Attac und andere Globalisierungskritiker weisen schon seit den 1990er Jahren darauf hin – ebenso wie auf die Notwendigkeit einer Tobinsteuer auf Devisentransaktionen. Doch in der bestehenden, von Finanzmärkten dominierten „marktkonformen Demokratie“ (Angela Merkel) werden solche Versprechungen der Politik entweder auf die lange Bank geschoben oder nur in verwässerter Form bzw. gar nicht eingehalten. Gleichmaßen ernüchternd sind, nebenbei bemerkt, auch die Arbeitsergebnisse der Bundestags-Enquete-Kommission „Wachstum-Wohlstand-Lebensqualität“. Die kapitalistische Marktwirtschaft im Sinne des „Green New Deal“ nur äußerlich grün anzustreichen und über andere Wohlfahrtsmaße zu debattieren – das genügt einfach nicht.

Aber wie soll sich in der Politik etwas zum Besseren wenden, wenn die Wissenschaften hierfür kaum Orientierungshilfen liefern? Sehr zu Recht beklagt Prof. Dr. Thomas Lux, Ökonom an der Uni Kiel, eine „empirische Immunisierung der Theorie“ und eine völlige Weltfremdheit makroökonomischer Modelle (vgl. den Auszug aus einem Aufsatz auf der Seite 2). Aber selbst

kritische WissenschaftlerInnen halten sich leider mit weitergehenden Vorschlägen zur Bändigung der internationalen Finanzmärkte zurück. Die Schließung der Steueroasen, die Tobinsteuer, höhere Anforderungen an das Eigenkapital von Banken, Licht ins Dunkel der Schattenbanken zu bringen usw. – all das wäre unbedingt notwendig, aber noch nicht ausreichend. Letztlich kommt es darauf an, das übermäßige, sich obendrein noch selbst beschleunigende Wachstum der rentable Anlagen und Schlupflöcher suchenden Geldvermögen zu bändigen, um es kontrolliert zu stoppen und die Konzentration von Geld- und Realkapital in ihre Dezentralisierung umzukehren.

Dieses entgrenzte Wachstum der Geldvermögen und Schulden hat letztlich auch zur Schiefelage des Euro geführt. Wer dieses eigentliche Problem umgeht und stattdessen wie die „Alternative für Deutschland“ einen Ausschluss Griechenlands oder einen Ausstieg Deutschlands aus dem Euro fordert, verhält sich nicht klüger als die von ihr kritisierte Politik, die ein milliardenschweres Hilfspaket nach dem anderen mit harten Auflagen beschließt.

Warum nur stecken Wissenschaftler, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, ihre Köpfe vor diesem eigentlichen Problem in den Sand? Dabei ahnen wir doch schon die langfristigen Folgen solcher Verdrängung. Nicht ohne Grund warnte die Internationale Arbeitsorganisation kürzlich vor der Gefahr zukünftiger sozialer Unruhen in Europa, wenn so wie bisher weiter gewurstelt wird (www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/weltarbeitsmarktbericht-der-ilo-uno-warnt-vor-sozialen-unruhen-a-903442.html). Nachdem also schon fünf Jahre seit der Lehmann-Pleite ungenutzt verstrichen sind, ist jetzt die Zeit für wissenschaftliche Forschungen über eine grundlegende Bändigung der verselbstständigten Finanzmärkte – wann sonst?

Werner Onken

"Effizienzmythos der Finanzwelt"

"Kaum jemals ist die Diskrepanz zwischen einer stilisierten Modellwelt und dem realen Geschehen auf Märkten größer gewesen. ... Letztlich hat die Ökonomie in der Beurteilung eines der komplexesten Bereiche der Finanzsphäre schlicht auf die Gültigkeit von Analogien zu hochstilisierten Modellen vertraut. Empirische Untersuchungen der Frage, ob die Einführung bestimmter neuer Arten von Wertpapieren effizienzsteigernd wirkte, wurden dadurch geradezu verhindert. Eine wirkliche empirische Literatur hierzu existiert bis heute nicht. Wichtige wirtschaftspolitische Richtungsentscheidungen basierten auf ökonomischer Folklore anstelle von gesicherter empirischer Evidenz. ...

Dass vom Finanzsektor eine mögliche Rezession oder gar eine komplette Destabilisierung des Wirtschaftssystems ausgehen könnte, ist ja ausgeschlossen. Diese fatale 'Einsicht' wurde in der Entwicklung makroökonomischer Modelle in den letzten drei Jahrzehnten mit größter Konsequenz umgesetzt. Die 2008 herrschende Klasse makroökonomischer Modelle besaß daher keinen Finanzsektor. ...

Moderne Lehrbücher und das Vorlesungsprogramm der meisten Doktorandenprogramme enthalten meist keine Spur mehr von älteren Ansätzen, sondern lassen die vermittelte Makroökonomie erst nach 1980 beginnen. Dies hat zur Folge, dass ganze Generationen von Wissenschaftlern von frühen Entwicklungen abgeschnitten waren und dies aufgrund des Beharrungsvermögens der Curricula und des Fehlens geeigneten Lehrmaterials heute noch weitgehend sind. So dürften die meisten jüngeren Wirtschaftswissenschaftler von den Theorien Hyman Minskys zur Fragilität des Finanzsektors nicht aus Lehrveranstaltungen, sondern durch Berichte in Massenmedien im Gefolge der Finanzkrise erfahren haben. In dieser Tradition war schon das Nachdenken über Wirtschaftskrisen, die vom Finanzsektor ausgehen, weder möglich noch gewünscht. ...

Es ist schwer vorherzusagen, ob es tatsächlich zu einem nachhaltigen Paradigmenwechsel kommen wird oder ob nicht nach einer kurzen Periode der Selbstgeißelung eine Restauration alter Ideen einsetzen wird. Die für die Ökonomie vollkommen überraschende Finanzkrise sollte in jedem Fall zu etwas mehr Bescheidenheit in der politischen Beratung führen. ...

Die Schaffung eines neuen regulatorischen Rahmens für die Finanzmärkte ist eine genuin ordnungspolitische Aufgabe, die nicht durch eine spontane Selbstorganisation des Finanzsektors ersetzt werden kann. Die weitgehende Deregulierung der letzten 30 Jahre kann geradezu als sozialwissenschaftliches Großexperiment angesehen werden, dessen unbefriedigender Ausgang die Notwendigkeit aktiver ordnungspolitischer Gestaltung des Finanzbereichs belegt hat."

Prof. Dr. Thomas Lux, Effizienz und Stabilität von Finanzmärkten – Stehen wir vor einem neuen Paradigmenwechsel?, in: Wirtschaftsdienst Sonderheft 2013, S. 16-22.
<http://www.wirtschaftsdienst.eu/archiv/jahr/2013/13/2919/>